

Antrag

der Abgeordneten Stefan Liebich, Heike Hänsel, Thomas Lutze, Michel Brandt, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Matthias Höhn, Andrej Hunko, Jan Korte, Zaklin Nastic, Dr. Alexander S. Neu, Thomas Nord, Tobias Pflüger, Eva-Maria Schreiber, Helin Evrim Sommer, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.

Für eine aktive Entspannungspolitik auf der koreanischen Halbinsel

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mit seiner Berliner Rede im Juli 2017 hat der Präsident der Republik Korea (Südkorea), Moon Jae-in, eine neue Phase der Entspannungspolitik auf der Halbinsel ange-regt. Seither fanden drei Gipfeltreffen zwischen Moon Jae-in und dem Vorsitzenden der Kommission für staatliche Angelegenheiten der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea), Kim Jong-un, sowie mehrere Treffen zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika (USA), Donald Trump, und Kim Jong-un statt. Die gemeinsame Erklärung von Moon Jae-in und Kim Jong-un bei ihrem Treffen am 27. April 2018 im Grenzort Panmunjom, wie auch die anderen Gespräche und Ver-handlungen gaben Hoffnung, dass eine nachhaltige Sicherung des Friedens in Korea und eine schrittweise Abrüstung möglich wären.

Die Verständigung zwischen Nord- und Südkorea sowie zwischen Nordkorea und den USA ist jedoch nach dem ergebnislosen Gipfel von Trump und Kim in Hanoi im Feb-ruar 2019 ins Stocken geraten. Ende September 2019 machte der südkoreanische Prä-sident Moon deshalb vor den Vereinten Nationen (VN) einen erneuten friedenspoliti-schen Vorstoß: Er schlug vor, die demilitarisierte Zone entlang der Grenze zwischen Nord- und Südkorea in eine internationale Friedenszone umzuwandeln, in der VN-Institutionen angesiedelt werden. Bedingung wäre, dass Nordkorea erste Schritte zur atomaren Abrüstung unternähme.

Die koreanische Halbinsel gehört zu den weltweit am stärksten militarisierten Regio-nen und ist „ein Hort aufgeheizter gegenseitiger Anfeindungen und ein Nährboden für immer wieder aufflackernde Konflikte mit internationalem Zündstoff“ (Werning/Picht 2018). Dabei bleibt das Risiko militärischer Auseinandersetzungen nicht auf die bei-den koreanischen Staaten auf der Halbinsel begrenzt. Unterschiedliche geostrategische Interessen Dritter, darunter die Atommächte USA, Russland und die Volksrepublik China, stehen sich in der Region gegenüber. Die USA sind auf der koreanischen Halb-insel militärisch stark präsent und führen regelmäßig gemeinsame Militärmanöver mit Südkorea durch.

Alle Akteure, die in der Region wirtschaftliche und Sicherheitsinteressen haben, müs-sen eine aktive Rolle bei der Friedenssicherung spielen. Neben Russland, der Volks-republik China und Japan als unmittelbare Nachbarn sowie den USA, können auch

andere Staaten und Staatenbünde zur Friedenssicherung beitragen, indem gegenseitiges Verständnis und Vertrauen sowie Dialog und Kooperation gefördert und Konfrontation vermieden werden. Vor diesem Hintergrund sind Deutschland und die Europäische Union (EU) keineswegs nur randständige Beobachter. Insbesondere Deutschland genießt in beiden koreanischen Staaten eine besondere Wertschätzung, die nicht zuletzt auch aus der friedlichen Vereinigung der beiden deutschen Staaten resultiert. Deutschland ist außerdem einer von nur wenigen Staaten, die nicht nur in Südkoreas Hauptstadt Seoul, sondern auch in Nordkoreas Hauptstadt Pjöngjang mit einer eigenen Botschaft vertreten sind.

Seit dem ersten nordkoreanischen Atomtest im Jahre 2006 haben die Vereinten Nationen in mittlerweile acht Resolutionen das Land mit immer stärkeren Sanktionen belegt. Die Sanktionen zielen nicht nur auf das Atom- und Raketenprogramm, sondern seit 2016 zunehmend auf die nordkoreanische Wirtschaft insgesamt und treffen damit unmittelbar die Bevölkerung. Ihr Ziel, Nordkorea zu Schritten in Richtung Denuklearisierung zu zwingen, haben sie bislang klar verfehlt.

Deutschland gehört zu den EU-Mitgliedstaaten, die die Sanktionen besonders eng auslegen, wie deutsche Organisationen, die im Bereich der humanitären Hilfe, des kulturellen und wissenschaftlichen Austauschs tätig sind, beklagen. Im vergangenen Jahr wurden aus Deutschland Waren im Wert von nur noch 3,2 Millionen Dollar nach Nordkorea exportiert und im Wert von 2,7 Millionen Dollar von dort importiert. Auch in wenig oder gar nicht vom Sanktionsregime betroffenen Bereichen wie Kultur, Sport oder Tourismus gibt es keinen nennenswerten Austausch. Die Spielräume für Initiativen zu mehr Dialog und Vertrauen insbesondere im Verhältnis zu Nordkorea sind nicht groß, aber vorhanden. Sie sollten genutzt werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. im Jahre 2020 eine Korea-Konferenz in Berlin zu organisieren. Themenschwerpunkte sollten die Friedenssicherung auf der koreanischen Halbinsel sowie die innerkoreanische Zusammenarbeit und die Möglichkeiten einer koreanischen Vereinigung unter Beachtung der Erfahrungen aus der Gestaltung der deutschen Einheit sein;
2. die Übereinkunft zwischen Nordkorea und Südkorea am 27. April 2018 in Panmunjom zu begrüßen;
3. die Initiative zu ergreifen für eine verstärkt eigenständige Politik der Europäischen Union im Verhältnis zu den beiden koreanischen Staaten;
4. den Vorstoß des südkoreanischen Präsidenten Moon, die demilitarisierte Zone entlang der innerkoreanischen Grenze zu einer internationalen Friedenszone zu machen, konstruktiv und im Sinne einer internationalen zivilen Unterstützung für einen Entspannungsprozess aufzugreifen sowie bestehende Planungen für ein Entminungsprojekt voranzutreiben;
5. sich als Mitglied des VN-Sicherheitsrats dafür einzusetzen, dass die Sanktionen gegen Nordkorea auf ihre Auswirkungen auf die Bevölkerung überprüft und zumindest teilweise abgebaut werden;
6. eine Zusammenarbeit in den Bereichen erneuerbare Energien und Landwirtschaft mit Nord- und Südkorea zu entwickeln, u.a. durch die Entsendung von Experten und die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen;
7. Unterstützung einer möglichen gemeinsamen Bewerbung Nord- und Südkoreas für die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 2032 zu signalisieren.

Berlin, den 10. Dezember 2019

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

